

Politiques économiques et vie des entreprises pendant la Première Guerre mondiale - Wirtschaftsgeschichte des Ersten Weltkriegs.

Ökonomische Ordnung und Handeln der Unternehmen

Wirtschaftsgeschichte des Ersten Weltkriegs. Ökonomische Ordnung und Handeln der Unternehmen

12.02.2015–13.02.2015, Roubaix

Bericht von: Ralf Martin König, Institut für Geschichte, Technische Universität Darmstadt

Während über das komplexe Verhältnis von Staat und Wirtschaft ebenso häufig diskutiert wird wie dieser Tage über den Ersten Weltkrieg, muss eine gleichzeitige Betrachtung beider Gegenstände weiterhin als etwas Besonders erachtet werden. Das von der CIERA finanzierte Projekt „Politiques économiques et vie des entreprises pendant la Première Guerre mondiale“ schafft hier Abhilfe, indem es unter Beteiligung der wirtschaftshistorischen Lehrstühle der Ruhr-Universität Bochum und der Universität Regensburg die ökonomische Seite des Krieges näher beleuchtet. Die am 12. und 13. Februar in Roubaix stattgefundenen *Journée d'étude* bildeten den Auftakt zu einer Reihe von Veranstaltungen, in denen die Projektpartner die Entwicklung und Funktionsweisen zweier nationaler Kriegswirtschaften sowie die sich hieraus ergebenden Herausforderungen und Chancen für Unternehmen darlegen wollen. Die Tagung fand in der gewaltigen ehemaligen Fabrikanlage des Industriellen Louis Motte-Bossut statt, heute Sitz der Archives nationales du monde du travail. Im Mittelpunkt der Tagung standen die Unternehmer, ihr ökonomisches wie auch politisches Handeln, ob als Einzelpersonen oder innerhalb ihrer Interessenverbände.

MARCEL BOLDORF (Lyon) skizzierte in seiner Einführung die Entwicklung der deutschen und französischen Kriegswirtschaft und stellte eine Reihe von Diagrammen vor, die unter anderem die realen Sozialprodukte, die Außenhandelsindizes und die Gesamtproduktion der Schwerindustrie in den kriegführenden Staaten miteinander verglichen. Aus denselben las er die Folgen der deutschen Besatzung für die nordfranzösische Industrieregion ab. Ferner warf er die Frage auf, wie groß der Anteil der alliierten Wirtschaftsblockade am Niedergang der Mittelmächte tatsächlich gewesen sei. Hinsichtlich der Höhe der Rüstungsausgaben schlug Boldorf aus Mangel an verlässlichen Quellen eine Annäherung über die jeweiligen Staatsquoten vor, die in Deutschland und Frankreich von 1915 bis 1918 immerhin fast die Hälfte des Sozialprodukts ausmachten. Zum Schluss präsentierte er seine Neuberechnung eines Index, den Jürgen Kocka zum Beleg für hohe Kriegsgewinne in verschiedenen deutschen Wirtschaftszweigen zwischen 1914 und 1916 berechnet hatte. Die nachträgliche Inflationsbereinigung der damals ausgewerteten nominalen Zahlen relativierte die ausgewiesenen Unternehmensgewinne teils erheblich: In der Chemiebranche etwa betrug sie nur noch 82 Prozent, gemessen an der Höhe des letzten Friedensjahres. Die Zahlen relativierten sich je nach Branche weiter, indem sie den realen Durchschnittslöhnen der Zeit gegenübergestellt wurden. Gestützt auf diese Ergebnisse wies Boldorf darauf hin, dass es sich in nicht wenigen Fällen nur scheinbar um Kriegsgewinne in der Wirtschaft gehandelt habe.

Im Anschluss widmete sich HERVÉ JOLY (Lyon) den französischen Unternehmern und Unternehmen im Krieg. Er stellte zu Beginn fest, dass die Wirtschaftsordnung der Dritten Republik im Wesentlichen unangetastet blieb: Weder habe es staatlicherseits Eingriffe in

das Privateigentum gegeben, noch sei der öffentliche Sektor nennenswert ausgebaut worden. Infolge des deutschen Eindringens in die Départements Nord und Meurthe-et-Moselle seien zahlreiche Betriebe in den Süden ausgewichen, wo sich in der Folge eine neue Industrieregion entfaltet habe (was der dortigen industriellen Entwicklung Impulse gab). Durch die Mobilisierung habe in den Firmenleitungen, gleichsam wie in der Arbeiterschaft, Personalknappheit eingesetzt. Indem man prominenten Industriellen im Verlauf des Krieges öffentliche Ämter verliehen habe, sei sukzessive eine technokratische Verwaltungsstruktur entstanden. Deutlich wurde dies am Beispiel des Industriellen Louis Loucheur, der nach einem Jahr Militärdienst im Dezember 1916 zum Staatssekretär und im September 1917 zum Minister für Bewaffnung und Kriegsproduktion aufstieg. Für seinen Stab rekrutierte er weitere Industrielle wie Albert Petsche und Ernst Mercier. Abschließend plädierte Joly für die Untersuchung der bisher kaum erforschten, während des Krieges gegründeten und mit Ministeriums- und Industrievertretern besetzten Rohstoffausschüsse. Ihre kurze Lebensdauer sei nur ein Beweis für den insgesamt mäßigen Erfolg des Staates, die Wirtschaft ordnungspolitisch zu lenken.

Dass demgegenüber staatliche Eingriffe im Reich sehr mannigfaltig waren, veranschaulichte CHRISTIAN BÖSE (Bochum) am Beispiel der Ruhrkohle und des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats, dessen Kartellvertrag 1915 auslief. Der Fortbestand der seit 1893 bestehenden, breitflächigen Produktions-, Preis- und Absatzregulierung habe sehr im Interesse der Behörden gelegen. Deshalb habe der durch das Kriegsermächtigungsgesetz zum Erlass wirtschaftlicher Maßnahmen befähigte berechnete Bundesrat Einfluss auf die Verhandlungen zur Verlängerung des Syndikats genommen. Die per Verordnung angedrohte Zwangssyndizierung für den Fall, dass die Streitpunkte zwischen den Zechen eine Einigung verhinderten, führte zur ‚freiwilligen‘ Bildung eines provisorischen Syndikats; die nun miteingeschlossenen staatlichen Zechen genossen fortan sogar Sonderrechte. Die Regulierung fand ihre Fortsetzung in den 1916 eingerichteten Stellen für den Kohlenausgleich, die vorrangig den Bedarf von Heer, Marine und Rüstungsindustrie gewährleisten sollten. Wegen ausbleibender Verbesserungen bei der Bewirtschaftung sei 1917 das Amt eines Reichskommissars für die Kohlenverteilung etabliert worden. Dieser habe im Interesse des zivilen Bedarfs die Zechen an der übermäßigen Belieferung des neutralen Auslandes zu hindern versucht, weil dort ein höherer Profit erzielt werden konnte. Böse zog als Fazit, dass die Kohlenindustrie diese schwerwiegenden Eingriffe in Kauf genommen habe, da diese gegenüber einer rein staatlichen Absatzorganisation das kleinere Übel darstellten.

JORDAN BAL (Lille) behandelte in seinem Vortrag den Textilarbeitgeberverband in Armentières, einer von der Leinenindustrie geprägten nordfranzösischen Stadt an der Westfront. Die wenngleich nur kurze deutsche Besetzung in der Stadt habe die Geiselnahme von Fabrikbesitzern, umfangreiche Maschinendemontagen und Requirierungen von Rohstoffen zur Folge gehabt. Nach der frühen Rückeroberung sei die Nachfrage nach lokalen Erzeugnissen auf Seiten der französischen Regierung und der britischen Truppen enorm gestiegen. Die Industriellen, die hierdurch am meisten verdienten, seien diejenigen gewesen, die ihre Produktionsanlagen in die Normandie und nach Paris verlegt hatten. Der Arbeitgeberverband habe umfangreiche Lobbyarbeit betrieben, um nicht nur den Wiederaufbau der stark beschädigten Stadt voranzutreiben, sondern auch Sonderbehandlungen für die eigenen Produkte sowie Arbeiterfreistellungen zu erwirken. Bal erörterte außerdem die Anpassungsbereitschaft der Unternehmer angesichts der gewaltigen Kriegsschäden. Während des Krieges habe noch die allgemeine Tendenz bestanden, den Arbeitskräftemangel durch den Einsatz moderner englischer Maschinen auszugleichen. Die nach dem Krieg ausbezahlten Entschädigungen seien hingegen unterschiedlich verwendet worden: Während risikofreudige Unternehmer in

weitere Modernisierungen reinvestierten, gaben die eher traditionell orientierten ihre Geschäfte auf.

Im letzten Vortrag des ersten Tages zeichnete LUTZ BUDRASS (Bochum) die Entwicklung der deutschen Luftfahrtindustrie nach. Das Interesse am zivilen Flugzeugbau sei im Reich erst 1909 sprunghaft angestiegen. Infolge des wegen der langen Fokussierung auf Luftschiffe herrschenden Innovationsmangels habe man zunächst überwiegend französische Modelle nachgebaut. Als Heereslieferanten betätigten sich vor 1914 nur wenige Firmen, darunter die Albatros Flugzeugwerke; diese hatten nach Ausbruch des Kriegs neben zivilen Pionierfirmen wie Rumpler und Fokker die technische Führung inne. Die Branche sei bis 1918 auf insgesamt 77 – teils unseriöse – Flugzeughersteller mit fast 80.000 Mitarbeitern angewachsen. Der technologische Rückstand gegenüber dem englischen und französischen Flugzeug- und Flugmotorbau sei durch einen „aerodynamischen Paradigmenwechsel“ aufgehoben worden: Die sich durchsetzende Erkenntnis, dass dicke Tragflächenprofile keine Auftriebsverluste verursachten, führte zum Bau größerer, mit Metalllegierungen verstärkter Maschinen, deren Flügel keine Verspannung benötigten. Der bis 1920 zu beobachtende „technologische Spurt“ im Reich habe auf ebenjenem freitragenden System gefußt und den deutschen Luftfahrtunternehmen immense Vorteile verschafft. Weil sich nur wenige Firmen wie Zeppelin-Dornier und Junkers diesen Wissensvorsprung konsequent zunutze machten, hätten sich diese schließlich als Branchenführer etabliert. Obwohl sie auf Militäraufträge angewiesen waren, habe sich jedoch keine der Firmen als Rüstungsunternehmen verstanden.

Der zweite Tag begann mit SIMON VACHERON (Paris), der die Strategien französischer Textilunternehmer zur Bewältigung der Beeinträchtigungen durch den Krieg in den Blick nahm. Zunächst widmete er sich den betrieblichen Kompensationen von Arbeiter- und Rohstoffmangel sowie dem Maschinenverschleiß. Man habe Flüchtlinge aus den besetzten Départements und Frauen eingestellt und Arbeitsvermittlungen sowie Räte zum Erhalt der Arbeitskraft installiert. Deutschlands Wegfall als bedeutendster Maschinen- und Koksimporteur sei vorwiegend durch Lieferungen aus der Schweiz und die Nutzung neuer Brennstoffe wie Torf und Industrieabfälle sowie durch eine zunehmende Elektrifizierung der Anlagen ausgeglichen worden. Bei der Organisation der Produktion hätten sich die Unternehmer verstärkt familiärer oder regionaler Industriellenetzwerke bedient. Weil ihnen stets der Nachkriegswiederaufbau vor Augen gestanden habe, stockten sie häufig auf Kosten der Maschinenwartung ihre Kapitalreserven auf. Zur Interessenvertretung der Textilwirtschaft gegenüber der Politik hätten mehrere Organisationen gedient: Nicht nur die 1900 gegründete Union Textile, sondern auch die neugegründeten, gemischt besetzten Rohstoffausschüsse, auf die schon Joly hingewiesen hatte. Eine Lenkung und Kontingentierung der begrenzten Ressourcen sei über das im Krieg entstandene und darüber hinaus fortbestehende Baumwoll-Konsortium möglich gewesen. Als positive Kriegsfolgen hielt Vacheron unter anderem die wachsende Bedeutung der südfranzösischen, noch stark vom Heimgewerbe geprägten Textilindustrie und die Etablierung einer Fachausbildung für Arbeiterinnen fest.

Auch UWE BALDER (Regensburg) referierte über die Auswirkungen des Krieges auf die Textilwirtschaft, fokussierte jedoch auf den deutschen Einzelhandel, der von der staatlichen Lenkung von Arbeitskräften, Rohstoffen und Aufträgen besonders stark betroffen war. Anders als die auf eine kartellmäßige Verbandsstruktur gestützte Textil- und Bekleidungsindustrie sei der Einzelhandel unzureichend organisiert gewesen und habe deshalb keinen Einfluss auf die staatlichen Regulierungsmaßnahmen gehabt. Letztere unterteilte Balder in drei Phasen: Seit Sommer 1915 habe der Bundesrat mit der

Beschneidung der Eigentums- und Verfügungsrechte in Form von Bestandserhebungen und Beschlagnahmungen, Verkaufs- und Verarbeitungsverbieten begonnen. In der ersten Jahreshälfte 1916 sei dann der Zugriff auf Fertigungsgüter und die Verhängung von Höchstpreisen erfolgt. Außerdem wurde die Reichsbekleidungsstelle eingerichtet; in Verbindung mit dem neu eingeführten Bezugsscheinsystem sollte sie die vorhandenen Textilbestände im Reich für den Zivilgebrauch strecken. Mit der letzten Phase im Juni 1916 sei der freie Markt endgültig geschlossen worden: Textilherstellern wurde die Produktion auf Lager untersagt, Händler erhielten Waren nur noch gegen die eingeführten Bezugsscheine und nach Prüfung des vorhandenen Bedarfs. Insgesamt habe der Maßnahmenkatalog im Bereich der Textilwirtschaft wesentliche Strukturveränderungen gefördert, darunter die großbetriebliche Expansion, die Integration von Produktion und Distribution sowie die Konzentration auf Ballungsräume.

ETIENNE ZANNIS (Lille) gab einen Einblick in die Besteuerung der außerordentlichen Kriegsgewinne in Frankreich. Mit dem entsprechenden Gesetz vom 1. Juli 1916 habe man beabsichtigt, einerseits den öffentlichen Unmut gegen die *profiteurs de guerre* zu dämpfen und andererseits dem Staat eine neue Einnahmequelle zu erschließen. Die hierzu eingeführte Steuer sei zu einer finanziellen Kompensation des Blutzolls, den die Bevölkerung im Krieg zu zahlen hatte, erklärt worden. Landwirte habe man wegen der hohen Zahl an Gefallenen aus dieser sozialen Gruppe nicht zu den Profiteuren gezählt. Besteuert wurde – auch rückwirkend bis zum August 1914 – derjenige Betrag, der den ‚Normalgewinn‘, verstanden als Durchschnitt des Reingewinns der letzten drei Vorkriegsjahre, überstieg. Zannis wies darauf hin, dass mancher übermäßige Gewinn erst deshalb erzielt worden sei, weil die französische Regierung die Unternehmen mit hohen Abnahmepreisen zur Produktion für den Kriegsbedarf motiviert habe. Den steuerpflichtigen Unternehmern sei die Einreichung von Belegen aller gemachten Angaben und die Öffnung ihrer Buchhaltungen für behördliche Inspektoren auferlegt worden. Weil sie aber jede Möglichkeit zur Anfechtung einer Veranlagung nutzten, sei die Bilanz der neuen Steuer aus Sicht der Finanzbehörden mager ausgefallen. Manche Firmen vermochten die Abgaben dermaßen hinauszuzögern, dass 1940 noch Zahlungen in Höhe von rund 15 Milliarden FF ausstanden. Obgleich die überlieferten Akten zur Steuererhebung kein umfassendes Bild der betrieblichen „Bereicherung“ liefern könnten, weil sie etwa nicht den blühenden Schleichhandel erfassten, leiste ihre Untersuchung einen wichtigen Beitrag zum besseren Verständnis der französischen Wirtschaft und Gesellschaft während des Ersten Weltkriegs.

Als letztes referierte STEFANIE VAN DE KERKHOF (Siegen) über Unternehmensstrategien während des Krieges - nicht ohne zuvor wie schon Boldorf die „Entökonomisierung“ der historiographischen Auseinandersetzung mit dem Ersten Weltkrieg zu kritisieren. Nach einer Skizze der regional disparaten Entwicklung der Erzreviere des Reichs im Allgemeinen und des Ruhrgebiets im Besonderen ging sie zu einer eingehenden Betrachtung des Werdegangs von Krupp über. Sie zeichnete dann die regionale, nationale wie auch transnationale Wachstumsstrategie des Konzerns vor Ausbruch des Krieges nach, um in der Folge zu zeigen, wie zumindest die ersten beiden auch nach August 1914 weiterverfolgt wurden – unter Intensivierung der Rüstungsgüterproduktion. Van de Kerkhof ging außerdem auf die stark veränderte Markt- und Absatzlage infolge der Gründung gemischtwirtschaftlicher Organisationen ein. Im Hinblick auf jene Kriegs-(rohstoff-)gesellschaften betonte sie, dass diese auf dem Gebiet der Montanindustrie niemals so einflussreich geworden seien wie etwa in der Elektro- und Chemieindustrie. Vielmehr hätten die Schwerindustriellen an Rhein und Ruhr trotz des zunehmenden „polykratischen Chaos“ auf Seiten der preußischen Behörden niemals ihre Handlungsspielräume verloren. Ihre Expansionsstrategien wandelten sich – wie an den

aggressiven Annexionsforderungen abzulesen – in Erwartung eines gegen England mit ökonomischen Mitteln zu führenden „Kriegs nach dem Krieg“.

Die Tagung bot fundierte Einblicke in eine Zeit, in der die wirtschaftliche Ordnung beider Nationen vielfältigen Veränderungen unterworfen war. Dokumentierten die Vorträge der deutschen Referenten meist die zunehmende staatliche Lenkung der Wirtschaft, so ließen die französischen (mitunter auch) einen steigenden Einfluss der Wirtschaftsakteure auf die Politik erkennen. Die Unternehmer verstanden es in vielen Fällen, sich an die Kriegswirtschaft mit ihren institutionellen Provisorien, Produktions- und Markteinschränkungen anzupassen, und blieben somit handlungsfähig. Den weiteren Ergebnissen auf den künftigen Veranstaltungen dieses ambitionierten, international (wieso transnational?) angelegten Projekts wird man mit Spannung entgegensehen dürfen.

Tagungsüberblick

Einführung: Marcel Boldorf (Lyon)

Hervé Joly (Lyon)

Die französischen Unternehmer im Krieg

Christian Böse (Bochum)

Die Ruhrkohle in der kriegswirtschaftlichen Regulierung

Jordan Bal (Lille)

Der Textilarbeitgeberverband der nordfranzösischen Stadt Armentières unter dem Zwangsregime (1914-1920er Jahre)

Lutz Budrass (Bochum)

Unternehmer und Unternehmen der Luftfahrtindustrie

Simon Vacheron (Paris)

Analytische Überlegungen zum Handeln der Textilunternehmer und -unternehmen angesichts des Krieges

Uwe Balder (Regensburg)

Die Regulierung des deutschen Textilsektors im Ersten Weltkrieg

Etienne Zannis (Lille)

Die außerordentliche Besteuerung der Kriegsgewinne, eine Möglichkeit zur Messung der Unternehmensbereicherung

Stefanie van de Kerkhof (Siegen)

Unternehmensstrategien in der deutschen Kriegswirtschaft - Die Eisen- und Stahlindustriellen an Rhein und Ruhr im regionalen Vergleich

Abschließender Kommentar

Nicolas Stoskopf (Mulhouse)